

Datenschutzerklärung

Der Schutz und die Sicherheit von persönlichen Daten hat bei uns eine hohe Priorität. Unserem Handeln liegt die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und das Landesdatenschutzgesetz (LDSG) zugrunde.

Verantwortliche Stelle:

Verantwortliche Stelle für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Sinne des Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO ist das

Landratsamt Heilbronn, vertreten durch den Landrat
Jugendamt Allgemeiner Sozialer Dienst
Lerchenstraße 40
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 994-0
Fax: 07131 994-190
Poststelle@landratsamt-heilbronn.de

Behördlicher Datenschutzbeauftragter:

Zuständiger behördlicher Datenschutzbeauftragter für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Sinne des Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO ist das

Landratsamt Heilbronn
Innere Verwaltung
Herr Steffen Jäger
Lerchenstraße 40
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 994-0
Fax: 07131 994-190
Datenschutz@landratsamt-heilbronn.de

Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Das Jugendamt Allgemeiner Sozialer Dienst verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich zum Zweck der Beratung, der Prüfung und Bearbeitung der beantragten Leistungen sowie der Vermittlung von Hilfen (§§ 13 bis 21; 27 bis 38; 41 SGB VIII) und der Erfüllung anderer Aufgaben der Jugendhilfe; insbesondere der Aufgaben des Kinderschutzes und der Mitwirkung in Familiengerichtsverfahren (§§ 42 bis 42b; 42f; 50; 53 SGB VIII).

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die Voraussetzungen für die rechtmäßige Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sind in § 6 DSGVO geregelt. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch eine öffentliche Stelle ist unbeschadet sonstiger Bestimmungen rechtlich zulässig, wenn Sie zur Bereitstellung vertraglich (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO) oder

gesetzlich (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO) verpflichtet sind oder wenn die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO) erfolgt. Ihre persönlichen Daten werden ebenfalls rechtmäßig verarbeitet, wenn Sie der Verarbeitung in einer separaten Erklärung zugestimmt haben (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO). Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten sind auch die Datenschutzbestimmungen der §§ 61 bis 68 SGB VIII in Verbindung mit den einschlägigen Vorschriften durch Bundes- und Landesrecht, insbesondere der §§ 67 bis 85a SGB X.

Empfänger personenbezogener Daten:

Eine Weiterleitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt ggf. an folgende Stellen:

- Sachgebiet Wirtschaftliche Jugendhilfe zum Zwecke der Prüfung der sachlichen Zuständigkeit, der örtlichen Zuständigkeit gem. § 86 SGB VIII, der Kostenbeteiligung der Eltern gem. § 92 Abs. 1 Nr. 5 SGB VIII und der Kostenerstattung gem. §§ 89 ff. SGB VIII, §§ 102 ff SGB X sowie § 16 SGB IX
- Leistungserbringer persönlicher und erzieherischer Hilfen gem. SGB VIII, sofern diese mit der Erbringung der Leistung beauftragt werden
- Familiengericht gem. § 8a SGB VIII in Verbindung mit § 50 SGB VIII und §1666 BGB sowie §§ 42, 65 SGB VIII
- Kooperationspartner nach vorheriger Entbindung von der Schweigepflicht
- Drittland/Internationale Organisation (nur bei Auslandsberührung im Einzelfall)

Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten:

Die erhobenen Daten werden gem. § 84 Abs. 2 SGB X grundsätzlich nur solange sie zur Erfüllung der Aufgabe erforderlich sind, für die sie erhoben und genutzt wurden, gespeichert. Die Frist zur Aktenaufbewahrung nach Beendigung der Hilfe beträgt im Jugendamt Allgemeiner Sozialer Dienst zehn Jahre ab Erreichen der Volljährigkeit des (jüngsten) Kindes.

Widerrufbarkeit von Einwilligungen:

Die Übermittlung personenbezogener Daten für andere als den gesetzlich möglichen Zwecken ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Art. 6 Abs. 1 DSGVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Abs. 3 DSGVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber welcher die Einwilligung zuvor erteilt wurde. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 S 2 DSGVO)

Betroffenenrechte:

- Nach geltendem Recht haben Sie gem. Art. 15 DSGVO ein Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung.
- Gem. Art. 16 DSGVO steht Ihnen das Recht auf Datenberichtigung zu, sofern Ihre personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten.
- Sie haben das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten, wenn eine der Voraussetzungen gem. Art. 17 DSGVO erfüllt sind. Dieses Recht steht Ihnen jedoch gem. Art. 17 Abs. 3 DSGVO nicht zu, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die

Stelle der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO.

- Die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie verlangen, wenn eine Voraussetzung gem. Art. 18 DSGVO gegeben ist. Dieses Recht wird jedoch gem. Art. 18 Abs. 2 DSGVO eingeschränkt, wenn die Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte Dritter erforderlich ist.
- Sie können von Ihrem Recht der Datenübertragbarkeit Gebrauch machen und bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO benannten Voraussetzungen eine Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format erhalten und deren Übermittlung verlangen.
- Gem. Art. 21 DSGVO können Sie Widerspruch gegen die weitere Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einlegen.

Bitte richten Sie Ihre Anfragen schriftlich an das Landratsamt Heilbronn. Unsere Antwort erfolgt ebenfalls schriftlich.

Sicherheit Ihrer Daten:

Ihre uns zur Verfügung gestellten persönlichen Daten werden durch Ergreifung aller technischen sowie organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen so gesichert, dass sie für den Zugriff unberechtigter Dritter unzugänglich sind. Bei Versendung von sehr sensiblen Daten oder Informationen ist es empfehlenswert, den Postweg oder die virtuelle Poststelle zu nutzen, da eine vollständige Datensicherheit per E-Mail nicht gewährleistet werden kann.

Beschwerderecht:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Baden-Württemberg
Postfach 10 29 32
70025 Stuttgart
Tel. 0711-61 55 410
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Auch bei Fragen zur Datenverarbeitung und zum Datenschutz bei anderen Behörden oder privaten Organisationen steht Ihnen die Aufsichtsbehörde als Ansprechpartner zur Verfügung.